

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Telegraphischer Sonderdienst der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Das neue türkische Kabinett.

Konstantinopel, 24. Januar (Vormittags 10 Uhr). Die Liste des neuen Kabinetts, die in der letzten Nacht dem Sultan vorgelegt wurde, soll folgende sein: Großwesir und Krieg: Mahmud Schewket Pascha; das Präsidium des Staatsrats: Prinz Said Halim; Inneres: Hafizji Adil. Interimistisch übernehmen: Aemeres: der frühere Gesandte in Athen Mihlar; Marine: Mahmud Pascha; Justiz: der frühere Wali in Konstantinopel Ibrahim; Finanzen: der Präsident des Oberrechnungshofes Nisaat; öffentliche Arbeiten: Senator Vakarja und Evlef Heir; Handel: der frühere Minister des Innern Djelal; Post: Finanzminister Osman; Unterricht: der frühere Gouverneur von Magnesia Schulz.

Konstantinopel, 24. Januar. Das neue Kabinett konstituierte sich in der gewohnten Zusammensetzung. Das bezügliche Erste ist heute Vormittag erschienen.

Konstantinopel, 24. Januar. Mittags begaben sich die Minister in den Palast. Der Minister des Innern Noradunghian wurde gebeten, ebenfalls zu kommen, um die Regierung über die internationale Lage zu informieren. Während des ersten Ministerrats am Nachmittag soll über eine geziemige Beantwortung der Note der Mächte beraten werden.

Paris, 24. Januar. Den deutschfreundlichsten Minister des neuen türkischen Kabinetts nennt das "Echo de Paris" den neuen Großwesir, über den sich Freiherr Marcell von Bieberstein einmal genauer: haben soll, daß er kein Türk, eher ein Preuße sei. Mahmud Muhtar Pascha habe jahrelang in Deutschland die türkischen Kriegsbesetzungen überwacht und sei hierbei ein besonderer Freund der Deutschen geworden.

Konstantinopel, 24. Januar. Im Publikum herrscht grobe Verwirrung. Bei den Unruhen wurden zwölf Personen verwundet und viele verhaftet.

Konstantinopel, 24. Januar. Zur Aufrchterhaltung der Ordnung sind weitgehende Maßnahmen getroffen worden. Starke Patrouillen durchziehen nachts die Straßen. In Istanbul sind einige Personen verhaftet worden, unter ihnen der Chefredakteur der Zeitung "İdam". Ali Kemal, und der frühere Deputierte von Gümüşhane, Ismail.

Nachmals wurde Morgens unter militärischen Ehren im Geheimrat von Mahmud Schewket Pascha bestattet. Kemal lehrte in den Donau zurück.

Konstantinopel, 24. Januar. Die Botschafter der Mächte sind heute Vormittag beim Wohen des diplomatischen Korps, dem Markgrafen Pollicino zu einer Besprechung zusammengetreten.

Kriegsschiffe der Großmächte vor den Dardanellen.

Paris, 24. Januar. Die in Aussicht genommene Entsendung von Kriegsschiffen der Großmächte nach der Besatzung am Eingange der Dardanellen, findet hier volle Zustimmung. Man würde in französischen Regierungskreisen großen Wert darauf legen, daß die Unterzeichner der wegen Adrianopel an die Flotte gerichteten Kollektivität gleichzeitig in der Besatzung ihre Flaggen zeigen würden. Deutschland und Österreich, so meint man hier, haben sich zwar immer gegen das Drehmittel einer Demonstration zur See ausgeschlossen, diesmal aber könnten die beiden Mächte unbeschadet ihrer früheren Stellung sich den Schritten der übrigen Mächte anschließen, da es sich doch um den Schutz für Gut und Leben der Europäer handeln soll.

Rom, 24. Jan. Die Melbung des "Echo de Paris", daß die Verschiebung der Botschafterreunion auf Sonnabend ihren Grund in einer Erklärung des italienischen Botschafters in London habe, die sich gegen die Zuteilung Junias an Griechenland gerichtet hätte, enthebt, wie die "Agencia Sefani" mitteilt, jeder Begründung.

Geschow über die bulgarisch-rumänischen Differenzen.

Bukarest, 24. Januar. Das Blatt "Universal" veröffentlicht ein Interview mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Geschow, der sein Bedauern über die bulgarisch-rumänischen Differenzen ausdrückt, das um so tiefer sei, als er sein ganzes Leben davon geprägt habe, die Jahrhunderte alten Bande, die die beiden Länder anschließen, enger zu knüpfen. Mit Bezug auf die in Sofia veröffentlichte und vom bulgarischen Generalstab genehmigte Karte, auf der die Dobrutschia als ein Teil Bulgariens eingezeichnet ist, erklärt Geschow, er habe den Kriegsminister interpelliert, damit die Karte aus dem Verkehr gezogen werde. Der Ministerpräsident betonte erneut, daß Bulgarien auf alle Ansprüche bezüglich der Dobrutschia formell verzichtet habe und drückte die Hoffnung aus, daß die gegenwärtigen Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen würden.

Reichschulamt und Kaliffrage.

Originaltelegramm der "Hartung'schen Zeitung".

So. Berlin, 24. Januar.

Die kleinen Anfragen brachten heute wenig Interessantes. Auch im übrigen verlief der Tag ganz und gar nicht aufregend. Zunächst wurde die sozialdemokratische Resolution auf Errichtung eines selbstständigen Reichschulamts abgelehnt, nachdem der Abg. Schulz sich noch einmal mit aller Lebhaftigkeit dafür eingesetzt hatte. Herr Schulz stützte sich namentlich auf die Ausführungen des Abg. Kerstensteiner von gestern, die er allerdings auf der anderen Seite auch wieder bestätigte.

Sehr umfangreich gestaltete sich nun der Beginn der Kalidebatte. Es handelt sich um rund 6 Millionen Mark für die Ausführung des Kaligesetzes, und es wiederholten sich alle die Klagen, die man bereits in der Kommission gehörte. Für die Sozialdemokraten sprach der Abg. Sachse, für das Zentrum der Abg. Speck, für die Konservativen Herr Arnstadt und für die fortschrittliche Volkspartei der Abg. Gothein, zweitloses der erste Kalischachverständige des Hauses. Die Klagen, die über die unzureichenden Zustände, die durch das Gesetz geschaffen, schon heute nach zwei Jahren zutage treten, flanzen aus allen Reben wieder. Auch der Unterstaatssekretär Richter, der die Ankündigung des neuen Gesetzes auch in der Kommission wiederholte, mußte die bedenklische Zunahme der Kaliverbrechen zugeben. Dagegen sprach der Abg. Gothein mit einer gewissen Genugtuung feststellen, wie alle die Bedenken, die er selbst und seine Freunde vor zwei Jahren geäußert, durch die Entwicklung

bestätigt und gerechtfertigt wurden. War man so im großen und ganzen einig, so gingen die Neuerungen auseinander über einen Antrag Behrens, der für Propagandagelder an landwirtschaftliche Corporationen die Gesamtsumme um 100 000 Mark erhöht haben wollte, eine Anregung, die namentlich der nationalliberale Abg. Bärwinkel befürwortete. Außerdem hatten die konservativen Redner vor allen Dingen eine Erhöhung der Propagandagelder für den Bund der Landwirte gefordert.

Sitzung des Reichstages vom 24. Januar.

Beantwortung kleiner Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Müller-Meiningen (Fortschr. Bpt.) erwidert:

Geheimrat Dewahl: Es ist nicht ermittelt worden, daß die Werbetätigkeit für die französische Fremdenlegion sich in der letzten Zeit erhöht habe und sich die Anwerbung von minderjährigen Deutschen auf deutschen Boden erstrecke.

Eine Anfrage des Abg. Leebour (Soz.) beantwortet:

Geheimrat Lehmann: Die Ausrichtungen der Balkantruppen gegen Türken und Albaner werden von Balkanberichten bestätigt. Die Befehlshaber der Balkantruppen treten den Ausrichtungen erfolgreich entgegen. Der Reichsanzeiger deutet nicht die Errichtung einer Kommission der Großmächte zur Untersuchung an.

Eine Anfrage des Abg. Hoch beantwortet:

Geheimrat Schmidtman: Der Abschluß der Verträge über die Diamantabgabe aus Südbalkanien soll unter die erzielende Regierung und ist auf parlamentarische Weise unmöglich.

Es folgt die

Weiterberatung des Gesetzes des Innern.

Zu Titel "Reichsschulkommission" führt:

Abg. Schulz (Soz.): Der Reichstag sollte die Schulangelegenheiten in den Bereich seiner Arbeiten ziehen.

Abg. Wörle (Btr.): Unfreiheitlichkeit wird damit auf das Reichsrechtsgesetz hingearbeitet. Wir verzichten oder nicht auf die Kontrollfunktion in den Schulen. Wir machen nicht den Schritt zum sozialistischen Zukunftstaat mit.

Abg. Hoff (Fortschr. Bpt.): Das einjährige Zeugnis sollte man nicht mit Abholzung des Seminars erteilen.

Die Resolution wurde abgelehnt.

Eine Reihe weiterer Titel passiert debattelos.

Bei Ausführung des Kaligesetzes beantragt die Budgetkommission, für den Fall der Verlegung einer Novelle zum Gesetz über den Absatz von Kalisalzen eine Bestimmung vorzusehen, wodurch dem Gesetz rückwirkende Kraft für diejenigen Kaliverbreche beigelegt wird, die nach dem 15. Januar 1913 in irgend einer Form in Angriff genommen wurden.

Abg. Sachse (Soz.): Die Verstaatlichung der Werke ist auch heute noch die einzige richtige Lösung. Die Propagandagelder müssen richtig verwendet werden, damit nicht der Kalibergbau und mit ihm die Bergarbeiter in Not geraten. Wir verlangen für alle Werke einen zweiten Schacht, damit Wasserschäden möglichst vorgebeugt wird. Die Arbeitszeit muß bei hoher Temperatur eingeschränkt werden. Die Nebenkunden müssen bestraft werden.

Unterstaatssekretär Richter: Die Kalinindustrie entwickelt sich unter dem neuen Gesetz sehr ersterlich. Die Zahl der Werke ist bedeutend gestiegen. Die Entwicklung aber birgt große Gefahren in sich. Abgesehen davon, daß bei jedem Schachtbau die Gefahr des Wassereintritts vorhanden ist, könnten die investierten Kapitalien im Kalibergbau infolge Überproduktion leicht verloren gehen. Ich sehe einer Verstaatlichung der Kalinindustrie unmöglich gegenüber, doch hätte diese schon vor langer Zeit geschehen müssen. Die Entschädigung für den Erwerb der Kaliverbreche erfordert heute ein bis einhundert Millionen Mark.

Eine Ergründung der Denkschrift dürfte in Form einer Abberatung des Kaligesetzes kommen. Neben den Inhalten des neuen Gesetzes steht aber noch nichts fest. Die Arbeitszeit in den Kalibergwerken bei höherer Temperatur kann etwas größer sein als in den Kohlenbergwerken, da die Lust trockener und besser zu extrahieren ist. Und ich begreife nicht, warum die Bergwerke nicht die Tarifverträge, die doch jedem Arbeiter angebilligt sind, angeben haben. (Hört, hört! links.) Die Angabe der Durchschnittslöhne dürfte praktisch von geringem Wert sein. Bezuglich der Quotenübertragung liegt ein Entwurf des Bundesrates vor, der minutiöse Vorchriften enthält, und dem ein durchschlagender Erfolg sicher scheint.

Abg. Speck (Btr.): Die guten Zwecke des Gesetzes sind nur in bescheidenem Maße verwirklicht worden. Ein neues Gesetz muß unwendig kommen. Eine Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmen wir zu. Über die Verwendung der Propagandagelder muss auch dem Reichstag ein Mitbestimmungsrecht zustehen. Den Kommissionsbeschluß stimmen wir zu.

Abg. Dr. Bärwinkel (natl.): Der Reservesonds muß auch anderen Zwecken dienstbar gemacht werden können. Die Summe für die Inlandspropaganda ist hoch genug. Der Reichstag muß darauf sehen, daß die Propaganda auch auf weitere Seiten hinzuwirkt. Wirtschaftlichkeit behält und der Absatz auch für die Zukunft sichergestellt wird.

Abg. Arnstadt (deutschl.): Bedauerlich ist, daß unser Antrag auf weibliche Erhöhung der Auslandspropagandagelder in der Kommission nicht angenommen worden ist. Wir bedauern die Überproduktion an Kalisalz, weil große Kapitalien wirtschaftlich festgelegt sind. Das Kalisalz ist und bleibt aber ein sehr wesentliches Mittel zur Erhaltung der Bodenfultur.

Unterstaatssekretär Richter: Die zum Ausdruck gebrachten Wünsche werden bei Ausarbeitung des Gesetzes vom Reichsamt des Innern möglichst berücksichtigt werden.

Abg. Gothein (Fortschr. Bpt.): Die Schäden, die bis jetzt aus dem Kaligesetz entstanden sind, haben wir vorausgesehen. Durch ein neues Gesetz läßt sich die Krise nicht mehr aufhalten. Schuld an den Schäden haben alle diejenigen, die unsere damaligen Anträge auf Verstaatlichung der Kalinindustrie abgelehnt haben.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bga.): Die Vermehrung der Propagandagelder für das Inland ist nötig; denn auch in Deutschland ist sehr viel Propaganda und Ausbildung nötig, um möglichst weite Kreise für die Kaliverwendung zu interessieren. Der Reichstag muß die Kontrolle über die Verwendung der Propagandagelder bekommen.

Unterstaatssekretär Richter: Es ist nicht richtig, daß ich in der Kommission gesagt habe, daß der Kalischach im Inlande nicht mehr gesteigert werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe dabei auf die Oebabereiche und Moore hingewiesen.

Abg. Dr. Lohr-Nordhausen (Soz.): Entgegen allen kaufmännischen Prinzipien werden in der Kalinindustrie zur Gewinnung kleinerer Vorteile ungeheure Kapitalien investiert. Das einzige Hilfsmittel gegen alle Schädigungen des Gesetzes ist die Verstaatlichung auch der Kalinindustrie. Bei der Revision des Kaligesetzes müssen notwendig die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt werden.

Der Titel wird bewilligt.

Die Abstimmung über die Resolution wird morgen stattfinden. Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr. Fortsetzung der Eisberatung. Schluss 8½ Uhr

Landwirtschaftsetat.

Originaltelegramm der "Hartung'schen Zeitung".

So. Berlin, 24. Januar.

Der an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Ghilling gewählte Justizrat Dr. Lichtenstein-Königsberg leitete den heutigen vierten Tag des Landwirtschaftsetats mit einer Rede ein, die von einem herzlichen Eingehen auf die Interessen der einzelnen Bezirksstädte seines Wahlkreises zeigte. Nach ihm, und durch ihn angeregt, kamen die Redner fast aller Parteien, um sich der Fischereibewilligung anzunehmen und die halbige Vorlage des angekündigten Fischereigesetzes zu verlangen. Der Minister zeigte allerdings Verständnis für die vorgebrachten Klagen und Anregungen und sagte seine Erfüllung, freilich erst für eine spätere Zeit, zu. Für diese Session wird eine gesetzliche Regelung des Fischereiwesens nicht mehr zu erwarten sein. Der nationalliberale Abgeordnete Schwabach leitete bei dieser Gelegenheit noch einmal die Aufmerksamkeit auf die ostpreußischen Brackmoore, die man der Kultur erschließen sollte.

Von den Fischen ging es zum Weinbau. Die Ausführungsbestimmungen des Rebelaßgesetzes wurden verschiedenlich bemängelt. Auch der Obst- und Gartenbau fand warme Fürsprecher in der Person des fortschrittlichen Abgeordneten Dietrich-Thorn und des Abgeordneten Delius. Von diesen lag ein Antrag vor, den Fonds zur Erhöhung des Obst-, Wein- und Gartenbaus zu erhöhen, dem der Antragsteller ausführliche Worte der Empfehlung widmet.

Aber, Herr von Schorlemmer schien doch nicht die nötige Courage zu haben, seinem Kollegen im Finanzministerium mit Mehrforderungen zu kommen. Er erkannte zwar den dem Antrage zugrunde liegenden Gedanken als gut an, bedauerte aber, in diesem Jahre von einer Erhöhung absehen zu müssen. Die Mehrheit des Hauses stellte sich auf denselben Standpunkt und lehnte den fortschrittlichen Antrag ab. Die Abstimmung über einen Eventualantrag, die Erhöhung des Fonds im nächsten Jahr vorzunehmen, wurde ausgesetzt. Dann vertagte man sich. Wieder gedankt man den Landwirtschaftsetat zu Ende führen zu können.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Januar.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung des Landwirtschaftsetats wird beim Kapitel "Förderung der Fischerei"

fortgesetzt.

Abg. Lichtenstein (Fortschr. Bpt.) äußerte Wünsche bezüglich Verantragung der Fische zu den Gebühren für den Königsberger Seehafen (Vgl. Abendbl.).

Freiherr v. Malzahn (sonst.) tritt für eine Erhöhung des Fonds für die Fischerei ein, damit sie der ausländischen Konkurrenz begegnen könne.

Abg. Schwabach (natl.): Wir hätten gewünscht, daß der Fischereigesetzentwurf, der dem Landtag in dieser Session nicht mehr vorgelegt werden soll, der Deutschen Reichstag zugänglich gemacht wird.

Abg. v. Höhendorff-Kölpin (sonst.): Auch wir halten den zur Erhöhung der Fischerei ausgeworfenen Vertrag von 150 000 Mark für viel zu gering. Von dem neuen Gesetz erwarten wir eine energische Förderung des Fischereigewerbes.

Abg. Dr. Gaigalas (Rigaer): Der Fischereigesetzentwurf sollte allen Interessen zugänglich gemacht werden.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemmer: Auf das Fischereigesetz will keiner näher eingehen, da es bei der demnächstigen Beratung im Hause ausreichend und erschöpfend erörtert wird. Der Entwurf ist von zahlreichen Instanzen geprüft und von diesen mit Nachdrücken und Verbesserungsvorschlägen zurückgegeben worden. Die Überprüfung wurde angewiesen, die Fischerevereine über den Entwurf zu hören. Der Entwurf wird in dieser Session nicht mehr vorgelegt werden, weil die Entscheidung über das Wassergesetz abgewartet werden soll, und weil keine Zeit in der gegenwärtigen Lage mehr vorhanden ist, um das wichtige und bedeutsame Gesetz gründlich durchzuhören. Wir hielten unter diesen Umständen die nochmalige Veröffentlichung des Entwurfs nicht für erforderlich. Der Fonds von 150 000 Mark soll im nächsten Jahr erhöht werden. Den Bürgern noch Erleichterung der Fischerei an der Ostseeküste soll Rechnung getragen werden. Die Fischereiausschüsse sind angewiesen worden, nicht zu rigoros vorzugehen. Die Wünsche nach einer Erhöhung der Kanalgebühren werden geprüft werden.

Noch kurze Ausführungen der Abg. Freiherr v. Wohlert (Btr.) und Dahlheim (Btr.) wurde das Kapitel bewilligt.

Beim Kapitel

"Landesmeliorationen"

trat

Abg. Delius (Fortschr. Bpt.) für die Regulierung der Schwarzen Elster ein.

Abg. Schwabach (natl.) wies auf die Brackmoore in Ostpreußen hin, die der Kultur erschlossen werden könnten.

Abg. Schifferer (natl.) erbat Mittel zwecks Melioration der großen Wiesenflächen in Schleswig-Holstein, die zum größten Teile des Jahres unter Wasser stehen.

Abg. Glägel (natl.) regte die Gründung von Landesstiftungsgesellschaften an, die die praktische Ausführung der Verbesserung des Küstentorfs in die Hand nehmen sollen.

Abg. v. Flotow (freitons.) forderte die Regierungspräsidenten, jedem Meliorationsbeamten zur Seite gestellt werden.

Abg. Röder (Btr.) unterstützte die Anregung des Abg. Glägel und trat für eine frühere etatmäßige Anstellung der Meliorationsbeamten ein.

</